

Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland

Ute Heinen

Seit 1950 kamen über vier Millionen Angehörige der deutschen Minderheiten aus den Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas in die Bundesrepublik Deutschland. Ebenso lang ist die Geschichte ihrer Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Während die Integration bis zum Ende der achtziger Jahre weitgehend erfolgreich gelang, begründeten im Laufe der neunziger Jahre eine Reihe von Entwicklungen eine Verschlechterung der Eingliederungssituation. Sie betrafen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso wie die mitgebrachten Voraussetzungen auf Seiten der Aussiedler.

Die Öffnung Osteuropas hatte einen sprunghaften Anstieg der Zuwanderungszahlen von Aussiedlern zur Folge. So stieg die Zahl in nur zwei Jahren von 78498 (1987) auf 202645 (1988) und weiter auf 377042 (1989) an. Hinzu kam eine große Anzahl von Asylbewerbern. Unter dem Eindruck der ansteigenden Zuwanderungszahlen sowie hoher Arbeitslosigkeit und einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland verringerte sich die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber den Zuwanderern, die zunehmend als Konkurrenz um Arbeitsplätze und um staatliche Leistungen wahrgenommen wurden.

In der politischen und öffentlichen Diskussion geriet die rechtliche Grundlage der Aussiedleraufnahme, ein Kriegsfolgenschicksal, das sie in ihren Siedlungsgebieten in der Folge des Zweiten Weltkrieges erlitten, in die öffentliche Diskussion. So wurde angesichts der Demokratisierungsprozesse in Osteuropa die Frage diskutiert, ob noch von einem Kriegsfolgenschicksal der deutschen Minderheiten in den Herkunftsländern auszugehen sei. Im Ergebnis wurde die Aufnahme von Aussiedlern mit dem Kriegsfolgen-Bereinigungsgesetz 1993 auf eine neue Grundlage gestellt. Wurde bis dato ein kollektives Kriegsfolgenschicksal vermutet, so musste es fortan von jedem Antragsteller und von jeder Antragstellerin individuell nachgewiesen werden. Diese Regelung gilt für alle Herkunftsländer mit Ausnahme von Deutschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Ein 1996 in den Bundesrat eingebrachter Antrag, auch bei den Russlanddeutschen auf dem Nachweis des Kriegsfolgenschicksals zu bestehen, fand keine Mehrheit. Die Russlanddeutschen stellen mit über 90 Prozent seit 1993 und über 98 Prozent seit 1997 die dominante Zuwanderungsgruppe.

Parallel erfolgten weit reichende Reduzierungen der Eingliederungsleistungen (zum Beispiel der Sprachförderung), die mit den hohen Zuwanderungszahlen und leeren Haushaltskassen begründet wurden. Ihnen gegenüber stehen die schlechteren Voraussetzungen, welche die russlanddeutschen Zuwanderer für die Eingliederung mitbringen. Es handelt sich zunehmend um gemischt-nationale Familien, die nur noch geringe bis keine Deutschkenntnisse mitbringen. Geprägt durch ein anderes nationales Lebensumfeld (zum Beispiel in Russland oder Kasachstan) sind sie weiter von hiesigen Normen, Werten und kulturellen Entwicklungen entfernt, als dies bei anderen Aussiedlergruppen der Fall war. Nicht zuletzt erschwerte die hohe Arbeitslosigkeit auch die berufliche Integration der Aussiedler.

In den neunziger Jahren zeigten sich zunehmend Eingliederungsrisiken, die bis hin zur drohenden sozialen Isolierung von Aussiedlergruppen reichen. Bemerkenswert ist dabei, dass die Probleme insbesondere bei Jugendlichen zu beobachten sind, die gemeinhin als eine vergleichsweise leicht integrierbare Gruppe gegolten hatten.

Zum Ende der neunziger Jahre besteht Einigkeit zwischen Politik, Wissenschaft und Praktikern, die Spätaussiedler mit effektiven Eingliederungshilfen zu unterstützen mit dem Ziel, die chancengleiche Teilhabe der Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu fördern.

Zuwanderungs-Bilanz

Von 1950 bis Ende Juni 2000 siedelten insgesamt 4783682 Personen in die Bundesrepublik Deutschland aus. Nachdem in den 35 Jahren von 1950 bis 1985 mit knapp 1,3 Millionen Personen eine vergleichsweise überschaubare Zahl von Menschen nach Deutschland aussiedelte, bewirkten die Öffnung Osteuropas und verbesserte Ausreisemöglichkeiten einen sprunghaften Anstieg der Aussiedlerzahlen von 78498 (1987), über 202645 (1988) auf 397067 (1990).

Die größte Gruppe bildeten jeweils die Aussiedler aus Polen. Ihre Anzahl reduzierte sich von 1989 auf 1990 aber bereits um 47 Prozent und sank danach kontinuierlich. Sie betrug 1998 noch 488 Personen und 1999 428. Eine Ursache für den sprunghaften Rückgang der Zuwanderungszahl innerhalb eines Jahres war das Inkrafttreten des Aussiedleraufnahmegesetzes 1990. Es regelt, dass die Aufnahmeanträge vom Herkunftsland aus gestellt werden müssen. Dies hatte insbesondere Konsequenzen für die Aussiedler aus Polen, die häufig mit einem Touristenvisum eingereist waren und die Aufnahme von Deutschland aus betrieben.

Nach dem Sturz und der Hinrichtung von Staats- und Parteichef Nicolaie Ceau^oescu lockerte Rumänien die Ausreisebestimmungen (vgl. auch S. 13). Dies hatte zur Folge, dass im Jahr 1990 insgesamt 111150

Rumäniendeutsche nahezu fluchtartig das Land verließen. Seither verläuft auch die Aussiedlung der Rumäniendeutschen stark rückläufig: 1005 Personen 1998 und 855 im Jahre 1999.

Gleiches gilt für Deutsche aus der ehemaligen Tschechoslowakei: 1999 – 11 Personen, aus Ungarn: 1999 – 4 Personen und dem ehemaligen Jugoslawien: 1999 – 19 Personen.

Die Aussiedlung aus den genannten Ländern wird infolge der Demokratisierungsprozesse und der Verbesserung der Minderheitensituation als weitgehend abgeschlossen angesehen.

Die Aussiedlung Deutscher aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion blieb dagegen auf hohem Niveau. Gründe sind in den politisch wie wirtschaftlich schwierigen Bedingungen und dem aufkommenden Nationalismus in den asiatischen Nachfolgestaaten zu sehen. Hinzu kommt, dass die Sowjetunion erst seit 1986 Ausreisen in größerem Umfang ermöglichte. Seit 1996 entwickelt sich auch die Aussiedlung von Deutschen aus den Nachfolgestaaten rückläufig. Hierfür ist insbesondere der seit 1996 in das Aufnahmeverfahren integrierte Sprachtest maßgeblich, der für die Antragsteller eine große Hürde darstellt. Die Zahl der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion ging von 213214 im Jahr 1994 auf 103599 Personen 1999 zurück.

Alltagsprobleme in Berlin

Anastasia, Katarina und Inga spielen „Mensch ärgere Dich nicht“. Die Neuntklässlerinnen haben sich in eine Ecke im Clubraum der 1. Gesamtschule in Berlin-Marzahn zurückgezogen. [...]

In ihrer früheren Schule wurde sie getreten, beschimpft und bespuckt, erinnert sich Anastasia, „hier ist das anders“. Aber schon, wenn sie auf dem Nachhauseweg wieder an der Bushaltestelle warten, scheuen sie sich, russisch zu sprechen: „Bloß nicht. Dann werden wir von den Leuten beschimpft.“ Anastasia, Katarina und Inga sind drei von knapp 13000 Russlanddeutschen in Berlin-Marzahn. Der Plattenbaubezirk im Osten der Hauptstadt ist in den vergangenen vier Jahren eines der größten Wohngebiete für Aussiedler aus Russland, Kasachstan, Kirgisien und der Ukraine geworden. [...]

Für die Russlanddeutschen sind die Hochhäuser der Inbegriff großstädtischen Lebens. Jeder 12. Marzahner ist nach Schätzungen der bezirklichen Migrantenbeauftragten Elena Marburg (SPD) ein Spätaussiedler. Die Akzeptanz der Russlanddeutschen unter den Altmarzahnern sei ein Riesenproblem, meint Gemeindepfarrer Ernst-Gottfried Buntrock. Dem Bezirksamt will der Pfarrer, der auch den Marzahner Bündnisgrünen angehört, keine Vorwürfe machen. Hätte Elena Marburg das Problem nicht frühzeitig erkannt und eine Vereinslandschaft zur Integration der Aussiedler befördert, gäbe es noch größere Probleme, meint Buntrock. Die Existenz einer deutschen Minderheit in der Sowjetunion war in der DDR offiziell ignoriert worden. Auch Linke kommen oftmals in Erklärungsnot ob der Zuwanderung aus den GUS-Staaten.

1995 hatte sie die ersten Mädchen aus Kasachstan in ihrer Klasse, erinnert sich Heide Sieteng, Kunsterzieherin in der Gesamtschule. Damals hätte sie ihren SchülerInnen die Geschichte der Migration Deutscher nach Russland erklärt, wie Stalin mit diesen Menschen umgegangen sei, dass die Großeltern und Eltern der neuen Schülerinnen nicht freiwillig nach Kasachstan gezogen seien. „Die Schülerinnen wurden angenommen, es gab nie Probleme in der Klasse.“ Heide Sieteng ist eine Ausnahme. Sie hätte sich immer tabulos mit der Geschichte auseinandergesetzt, sagt sie. Das Wissen aber hätte sie sich selbst aneignen müssen. [...]

Jeder fünfte der 870 Schüler in der Gesamtschule ist Aussiedler. Dagegen nimmt sich die Zahl der Ausländer eher bescheiden aus. [...]

Nun kann man an der Schule Russisch als erste Fremdsprache erlernen und für den Englischunterricht in Intensivkursen den notwendigen Stoff nachholen. Das ziehe auch Schüler aus anderen Bezirken an. „Wer in der 9. Klasse nach Deutschland kommt und kein Wort Englisch spricht, dem ist der Weg zum Gymnasium versperrt“, kennt der Schulleiter die Erfahrungen seiner Schüler.

Dabei sind viele Aussiedler ihren Marzahner Alterskameraden in den naturwissenschaftlichen Fächern um Längen voraus, hat Böse festgestellt. Sie brächten bessere Vorkenntnisse aus den GUS-Staaten mit. [...] Aber auch in Kunst seien vor allem russlanddeutsche Mädchen besonders begabt. Die Aussiedler seien zwar im gesamten Leistungsspektrum der Schule vertreten, aber häufiger im oberen Bereich. [...]

In den Pausen seien die Aussiedler eher unter sich, meint die Neuntklässlerin Anastasia: „Untereinander können wir selbstbewusster sein und uns gegenseitig ermuntern.“ Schulleiter Böse stellt aber ein gestiegenes Interesse der anderen Schüler an den Russlanddeutschen fest. „Das Interesse, Russisch als zweite Fremdsprache zu erlernen, ist wieder gestiegen. Die Schüler wollen verstehen, worüber ihre neuen Mitschüler sprechen.“ [...]

Probleme haben die jungen Aussiedler nicht allein mit den Ressentiments, die ihnen vor den Schultoren entgegenschlagen. Schulsozialarbeiterin Natalia Tibelius weiß von Konflikten in den Familien aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Prägung. „Viele Schüler schämen sich, dass ihre Eltern sich anders kleiden und verhalten, als es in Marzahn üblich ist.“ Die Eltern, die nahezu alle eine Berufsausbildung und oft auch einen Hochschulabschluss haben, erleben in Berlin einen sozialen Abstieg. Etwa vier Jahre würde es dauern, bis sie überhaupt einen Job bekämen, weist die Statistik der Sozialarbeiterin aus. Viele Berufsabschlüsse seien nicht anerkannt. Dann arbeiten die Mütter meist als Putzfrauen oder Zimmermädchen. [...]

Die Erwachsenen suchen häufig Kontakte über die Kirchen. Die Hälfte seiner Gottesdienstbesucher sind inzwischen Aussiedler, meint Pfarrer Ernst-Gottfried Buntrock. Doch bei weitem nicht alle derjenigen, die in den GUS-Staaten evangelisch geprägt waren, fühlen sich in Berlin in der evangelischen Kirche wohl. Die ist vielen zu liberal: Frauen würden ohne Kopftuch und mit Hosen in die Kirche kommen. Auch Frauen als Pfarrerrinnen werden von vielen abgelehnt. In Marzahn-Nord haben Aussiedler eine eigene Gemeinde gegründet.

Andernorts fühlen sie sich zu den Freikirchen hingezogen, zu den Siebentageadventisten, der Neuapostolischen Kirche oder den Zeugen Jehovas. [...]

Marina Mai, „Kein Russisch an der Bushaltestelle“, in: die tageszeitung vom 22. Januar 1999.

Aussiedlungsmotive

Die Gründe für noch etwa 100000 Aussiedler die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion jährlich zu verlassen, um sich in Deutschland trotz schwieriger Eingliederungsbedingungen anzusiedeln, sind vielschichtig. Sie sind abhängig von der jeweiligen Minderheitensituation und dem Migrationsdruck vor Ort (vgl. „Die Situation in der GUS“, S. 25ff.). Sie sind bedingt durch den Wunsch nach Familienzusammenführung mit Verwandten, die bereits in Deutschland leben (Kettenmigration). Außerdem sind sie in hohem Maße motiviert durch die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen, insbesondere für die Kinder. Dazu trägt vor allem der wirtschaftliche Niedergang in allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bei, der weite Teile der Bevölkerung in Armut trieb und staatliche Sozialsysteme zusammenbrechen ließ. Das Aufkommen von Nationalismus in den asiatischen Staaten sowie die Einführung von Kirgisisch oder Kasachisch als Staats- und Unterrichtssprache kommen hinzu. Schließlich bedeutet eine große Zahl von Aussiedlungen aus dem Wohnumfeld geringere Chancen für muttersprachliche Bildung und Kultur und zieht weitere Aussiedlungen nach sich. Ferner konnten die Russlanddeutschen bis heute keine volle Rehabilitierung für ihr Minderheitenschicksal in der Folge des Zweiten Weltkrieges erreichen. Generell ist also ein Motivbündel für die Aussiedlungsentscheidung maßgeblich, wobei die Ergebnisse von Befragungen im Rahmen wissenschaftlicher Untersuchungen die Vermutung nahe legen, dass sich das Hauptgewicht von der Familienzusammenführung hin zu sozialen und ökonomischen Motiven verschoben hat. So benannten in einer Studie mit jugendlichen Spätaussiedlern 39,8 Prozent der Befragten eine bessere Zukunft für die Kinder als Aussiedlungsmotiv, 38,4 Prozent die Familienzusammenführung, 37,3 Prozent die Rückkehr ins Abstammungsland, 37,1 Prozent die Hoffnung auf materielle Verbesserung, 29,6 Prozent bessere Ausbildung, 26,1 Prozent als Deutscher unter Deutschen leben, 21,9 Prozent bessere ärztliche Versorgung, 20,1 Prozent Familienmitglieder, Großeltern wollten ausreisen, 19,6 Prozent alle Deutschen reisen aus und 12,9 Prozent den Wunsch, mit deutscher Sprache und Kultur zu leben. 22,6 Prozent der Antworten entfielen auf weitere Motive (es waren Mehrfachnennungen möglich) (Strobl/ Kühnel 2000).

Die Ergebnisse entsprechen einer von Barbara Dietz und Heike Roll ebenfalls mit jugendlichen Spätaussiedlern durchgeführten Befragung (Dietz/Roll 1998).

Aufnahme

Die Aufnahme von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und nach einem geregelten Verfahren, dessen Durchführung in die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsamts fällt. Die Verfahrensdauer von der Antragstellung bis zur tatsächlichen Ausreise umfasst im Jahr 2000 einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Neben denjenigen, die konsequent ihre Ausreise betreiben, stellen viele Familien vorsorglich einen Aufnahmeantrag und warten die Entwicklung in ihren Herkunftsländern ab. Mitte 1998 hatten 113556 Angehörige der deutschen Minderheiten aus allen Herkunftsländern ihren Aufnahmebescheid bereits länger als ein Jahr nicht zur Ausreise genutzt. Vom 1. Juli 1990 bis zum 31. Mai 2000 wurden insgesamt 325396 Anträge negativ beschieden, weil die Antragsteller eine oder mehrere der Voraussetzungen für die Anerkennung als Spätaussiedler nicht erfüllten.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Anerkennung als Spätaussiedler (§ 4 BVFG) ist die deutsche Volkszugehörigkeit. Diese ist in § 6 BVFG näher bestimmt:

(1) Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

(2) Wer nach dem 31. Dezember 1923 geboren ist, ist deutscher Volkszugehöriger, wenn

1. er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt,
2. ihm die Eltern, ein Elternteil oder andere Verwandte bestätigende Merkmale wie Sprache, Erziehung, Kultur vermittelt haben,
3. er sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zur deutschen Nationalität erklärt, sich bis dahin auf andere Weise zum deutschen Volkstum bekannt hat oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehörte.

Zu den bestätigenden Merkmalen der deutschen Volkszugehörigkeit zählt die Weitergabe der deutschen Sprache in der Familie. Weil die Sprachkenntnisse der einreisenden Spätaussiedler immer schlechter wurden, entschloss sich

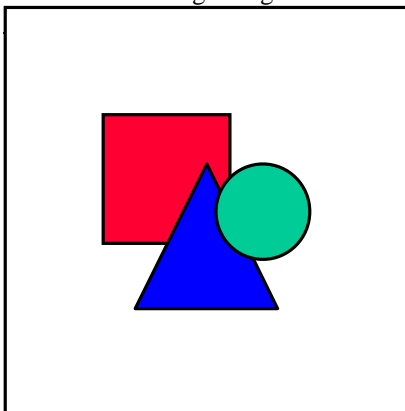
die damalige Bundesregierung 1996, einen Sprachtest in das Aufnahmeverfahren zu integrieren. Der Sprachtest wird von einem Vertreter des Bundesverwaltungsamts im Herkunftsland mündlich abgenommen. Der so genannte „einfache Sprachtest“ gilt als bestanden, wenn der Antragsteller über ausreichende aktive und passive Deutschkenntnisse verfügt, um ein „einfaches Gespräch“ in der deutschen Sprache oder in einem Dialekt über Themen des alltäglichen Lebens zu führen (Arbeit, Familie, Freizeitgestaltung sowie Vorstellungen über das zukünftige Leben in Deutschland). Der Sprachtest kann nicht wiederholt werden, da die kurzfristige Aneignung deutscher Sprachkenntnisse nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts nicht der Intention des Bundesvertriebenengesetzes entspricht. Wer den Sprachtest nicht besteht, kann nicht als Spätaussiedler aufgenommen werden, so weit keine unzumutbare Härte vorliegt, wie zum Beispiel bei besonders alten Menschen. Mit einem „qualifizierten Sprachtest“ können Antragsteller eine Beschleunigung ihres Aufnahmeverfahrens erwirken. Der „qualifizierte Sprachtest“ ist von allen Familienmitgliedern über zehn Jahren einschließlich der nichtdeutschen Ehepartner zu absolvieren, die in die Bundesrepublik Deutschland aussiedeln wollen. Er gilt als bestanden, wenn alle Familienmitglieder über gute passive und aktive Sprachkenntnisse verfügen und die gestellten Fragen fließend in der deutschen Sprache beantworten können.

Der Anteil derjenigen, die den Sprachtest bestehen und damit ein Kriterium für die Aufnahme als Spätaussiedler erfüllen, sinkt von Jahr zu Jahr. Betrug die Bestehensquote 1996 beim einfachen Test noch 69,3 Prozent, so sank sie bis 1999 kontinuierlich auf 52,1 Prozent. Nicht berücksichtigt sind diejenigen Personen, die ihrer Einladung zum Sprachtest gar nicht erst nachkommen. In den Jahren 1996 bis März 1998 waren dies 27,3 Prozent.

Die Russlanddeutschen haben mit dem Hinweis darauf, dass es ja gerade das Problem ihrer Minderheitensituation sei, die Sprache verloren zu haben, versucht, auf die Aussetzung des Tests hinzuwirken – allerdings ohne Erfolg. Die hohe und zahlenmäßig weit gehend unkalkulierbare Zuwanderung seit Ende der achtziger Jahre stellte Bund, Länder und Gemeinden vor schwer lösbare Aufgaben bei der Unterbringung der Aussiedler sowie der Bereitstellung von Eingliederungshilfen. Mit den Zielen, mehr Planungssicherheit zu schaffen und Gemeinden wie Aussiedlern eine sozial verträgliche Eingliederung zu ermöglichen, wurde eine Reihe von Planungsinstrumenten entwickelt:

- In die Verteilung der Aussiedler werden die neuen Bundesländer einbezogen. Jedes Bundesland erhält Aussiedler nach einer Quote auf der Basis der jeweiligen Bevölkerungsdichte. Nordrhein-Westfalen nimmt zum Beispiel 21,8 Prozent aller Spätaussiedler auf und Bayern 4,4 Prozent. Die „Schlusslichter“ bilden das Saarland mit 1,4 Prozent und Bremen mit 0,9 Prozent. Aussiedler können zwar im Aufnahmeantrag ein Wunschland angeben, haben jedoch keine Gewähr. Ist die Quote erfüllt, werden sie, ungeachtet zum Beispiel familiärer Bindungen, in ein anderes Bundesland eingewiesen. Die Verteilung erfolgt im Rahmen der Registrierung der Spätaussiedler in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes in Friedland oder Bramsche, die für jede Familie die erste Station nach der Einreise sind.
- Begrenzung der jährlichen Aussiedlerzahlen auf 220000 im Jahr 1993 (entsprechend dem Durchschnitt der Jahre 1991 und 1992) sowie auf circa 100000 im Jahre 2000 (Anpassung an die Aussiedlerzahlen des Jahres 1998).
- Bindung von Eingliederungsleistungen an den Wohnort (1996): Bereits seit den achtziger Jahren hatte sich gezeigt, dass Aussiedler sich dort ansiedelten, wo bereits Verwandte wohnten, eine Kirchengemeinde bestand oder genügend Wohnraum existierte. Für die aufnehmenden Gemeinden bedeutete dieses Vorgehen zum einen hohe Sozialaufwendungen und Engpässe auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Zum anderen stieß die konzentrierte Ansiedlung von Aussiedlern auf Akzeptanzprobleme bei der einheimischen Bevölkerung, die sich durch fremde Jugendcliquen, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bedroht fühlte oder um die Qualität des schulischen Unterrichts angesichts der hohen Zahl von Aussiedlern in den Klassen fürchtete. Nach dem Wohnortzuweisungsgesetz haben Spätaussiedler nur am zugewiesenen Wohnort Anspruch auf Eingliederungsleistungen. Dies soll eine gleiche Lastenverteilung der Kommunen und die sozialverträgliche Eingliederung unterstützen. Mit der vierten Änderung des Gesetzes wird die Wohnortbindung der Aussiedler für die Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 31. Dezember 2009 auf drei Jahre nach der Einreise festgesetzt. Es besteht lediglich die Möglichkeit einer dreimonatigen Abwesenheit vom Wohnort zum Zweck der Arbeitssuche.

Der Spätaussiedler ist mit seiner Registrierung Deutscher im Sinne des Artikels 116, Absatz 1 des Grundgesetzes. Er selbst, seine Kinder und sein nichtdeutscher Ehegatte erwerben mit der Ausstellung einer Bescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit.



Eingliederungshilfen

Die Eingliederung von Spätaussiedlern soll die chancengleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen der Bundesrepublik Deutschland erreichen. Für Menschen, die aus ihren Herkunftsländern mit einem anderen kulturellen Hintergrund und unter Zurücklassung ihrer sozialen Bezüge den Neuanfang wagen, bedeutet dies eine enorme Anpassungsleistung. Sie betrifft die Spracherlernung ebenso wie die Orientierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt oder den Umgang mit alltäglichen Problemen wie Behördengänge, Banken oder Versicherungen. Nicht zuletzt müssen neue Netzwerke in der nachbarschaftlichen Umgebung aufgebaut werden.

Individuelle Eingliederungshilfen sind notwendige Starthilfen in der ersten Phase des Integrationsprozesses. Sie sollen migrationsbedingte Nachteile der Aussiedler gegenüber Einheimischen überbrücken helfen, zum Beispiel durch Deutschkurse. Dabei ist eine Kombination von materiellen Hilfen und Orientierungs- und Beratungsangeboten wesentlich.

Beim Bundesministerium des Innern gibt es einen Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertretern der Länder, der auf Bundesebene tätigen Organisationen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, der kommunalen Spitzenverbände, der freien Wohlfahrtspflege sowie des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge sowie schließlich aus Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bereits während der Erstaufnahme können Spätaussiedler eine Vielzahl von Beratungsangeboten wahrnehmen, um sich hinsichtlich der drängenden Fragen wie Sprachförderung, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe, schulische Ausbildung der Kinder, Rente und Wohnen zu orientieren.

In den neunziger Jahren wurden die Eingliederungshilfen für Spätaussiedler zum Teil deutlich reduziert, zum Beispiel hinsichtlich der Sprachförderung und der Ersetzung des 12-monatigen Eingliederungsgeldes durch die pauschale 6-monatige Eingliederungshilfe.

Einige wesentliche Eingliederungshilfen werden im Folgenden kurz skizziert:

- **Eingliederungshilfe.** Die Arbeitsverwaltung zahlt bei Bedürftigkeit bis zu sechs Monate lang eine Eingliederungshilfe. Die Höhe der Eingliederungshilfe orientiert sich am Sozialhilfesatz. Während des Bezuges von Eingliederungshilfe können Spätaussiedler Sprachkurse und berufsorientierende Maßnahmen besuchen. Nach Ablauf der sechs Monate tritt die Sozialhilfe zur Deckung des Lebensunterhalts ein, wenn noch keine Arbeitstätigkeit aufgenommen werden konnte.
- **Sprachförderung.** Es werden sechsmonatige Deutsch-Sprachlehrgänge angeboten. (1999 gingen im Jahresdurchschnitt 26600 Teilnehmer zu den Sprachlehrgängen, in denen neben Aussiedlern auch Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge gefördert werden.) Entsprechend den rückläufigen Zuwanderungszahlen sank der Anteil der Spätaussiedler in den Kursen von 77,1 Prozent (1998) auf 73,5 Prozent (1999).
- **Beihilfen zur beruflichen Aus- und Fortbildung.** Während des Bezuges der Eingliederungshilfe oder auch danach können die Aussiedler an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teilnehmen, so weit diese für die berufliche Eingliederung notwendig sind.
- **Förderung jugendlicher Spätaussiedler.** Junge Spätaussiedler werden nach dem so genannten Garantiefonds gefördert, der beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt ist. Etwa 45 Prozent eines Zuwanderungsjahrganges erfüllen die Förderungsvoraussetzungen des Garantiefonds.

Die Mittel für den Schul- und Berufsbildungsbereich, die von den Bundesländern verwaltet werden, richten sich an Spätaussiedler bis zum 27. Lebensjahr und sollen die sprachliche, schulische und berufliche sowie die damit in Verbindung stehende soziale und gesellschaftliche Eingliederung unterstützen. Schulpflichtige können eine schulische Fördereinrichtung, wie zum Beispiel eine Förderklasse oder Fördergruppe an ihrer Schule besuchen. Vorrangig soll die Förderung jedoch jungen Erwachsenen zugute kommen, um ihnen noch einen Schulabschluss zu ermöglichen oder sie in Berufsausbildungen vermitteln zu können. Die Sprachkurse ohne qualifizierten Schulabschluss umfassen zehn Monate. Integrations Sprachkurse mit dem Ziel eines qualifizierten Schulabschlusses oder mit zusätzlichen berufsorientierenden Maßnahmen dauern zwölf Monate. Die maximale Gesamtförderdauer beträgt 30 Monate, bei noch Schulpflichtigen 24 Monate. 1998 wurden aus Mitteln des Garantiefonds Schul- und Berufsbildungsbereich 57128 jugendliche Aussiedler gefördert.

Die Mittel für den Hochschulbereich gewähren Aussiedlern bis zum 30. Lebensjahr Beihilfen zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium durch einen sechsmonatigen Sprachkurs, eine

Aufstockungsförderung zu den Leistungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) während des Besuchs eines Sonderlehrgangs, Maßnahmen zur Unterstützung der Eingliederung in einen akademischen Beruf sowie begleitende Beratung und Orientierungshilfen. Die Förderungshöchstdauer beträgt 30 Monate. 1999 wurden bundesweit im Monatsdurchschnitt 1400 Teilnehmer in Sprachkursen und 1600 in Sonderlehrgängen gefördert.

Die Mittel aus dem Garantiefonds wurden seit 1991 kontinuierlich reduziert. Sie betragen in der ausreisestarken Zeit 1991 510 Millionen DM und im Jahr 2000 152 Millionen DM.

- **Beihilfen zur beruflichen Eingliederung von Akademikern.** Im so genannten Akademikerprogramm können Aussiedler im Alter zwischen 30 und 49 Jahren, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, eine Förderung erhalten, sofern dies für eine angemessene berufliche Eingliederung notwendig ist. Das Programm fördert unter anderem Orientierungsmaßnahmen, berufsorientierende Sprachkurse, berufsorientierende Fortbildung sowie Anpassungsmaßnahmen, wie zum Beispiel ein ärztliches Praktikum als Voraussetzung der Approbation in Deutschland.
- **Leistungen aus der Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung.** Spätaussiedler und ihre Familien erhalten Leistungen aus der Krankenversicherung. Sie haben einen Anspruch auf eine Rente nach dem Fremdentengesetz. Dieser gilt jedoch nur für den Spätaussiedler selbst, nicht für nicht-deutsche Ehepartner. Die Rentenansprüche sind in den neunziger Jahren stark reduziert worden. Sie betragen heute nur etwa 60 Prozent der Rente eines einheimischen Rentners mit vergleichbarem beruflichen Werdegang. Für Rentner, die nach dem 6. Mai 1996 in Deutschland aufgenommen wurden, wurde der Rentenanspruch zusätzlich maximal auf die Höhe der Eingliederungshilfe reduziert.
- **Sonstige individuelle Beihilfen.** Zum Ausgleich für den erlittenen Gewahrsam erhalten ältere Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion eine einmalige Leistung von 4000 DM pro Person, die vor dem 1. April 1956 geboren sind und 6000 DM für Personen, die vor dem 1. Januar 1946 geboren wurden.
- **Beratung, Orientierung, Projekte.** Neben den skizzierten individuellen Hilfen wird die Eingliederung der Spätaussiedler durch eine Reihe von Beratungs- und Orientierungshilfen zur sozialen und kulturellen Integration in die neue Lebensumgebung unterstützt.

Aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans werden Beratungseinrichtungen für jugendliche Spätaussiedler, die Jugendgemeinschaftswerke, gefördert. Ihre Aufgabe ist es, durch Beratung, Betreuung und durch flexibles Reagieren auf besondere Eingliederungserfordernisse (Schulprobleme, Alkohol, Drogen) Hilfen zur schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration bereitzustellen. Dazu zählen Methoden der „aufsuchenden Sozialarbeit“ ebenso wie Freizeiten und Seminare. Der Haushaltsansatz beträgt im Jahr 2000 51 Millionen DM.

Für die individuelle soziale Beratung und Betreuung von erwachsenen Spätaussiedlern in einem Netz von Beratungsstellen werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Zuschüsse an Wohlfahrts- und Vertriebenenverbände geleistet. Im Jahr 2000 stehen 25 Millionen DM zur Verfügung.

Unter dem Eindruck größer werdender Eingliederungsprobleme wurde der Integrationstitel zur Förderung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung in den letzten Jahren stark angehoben: von 32 Millionen im Jahr 1998 auf 42 Millionen im Jahr 1999 und schließlich auf 45 Millionen im Jahr 2000. Mit dem Ziel, die sozialverträgliche Integration zu fördern, sind diese Mittel zunehmend für regionale Verbundprojekte vorgesehen. So sollen soziale Netzwerke initiiert werden, zu denen sich die mit der Aussiedlerarbeit befassten Stellen zusammenfinden, wie zum Beispiel die Arbeitsverwaltung, die Kirchen, Beratungsstellen, Schulen, Stadtverwaltung. Mit dem Ansatz sollen vor allem auch die jugendlichen Spätaussiedler erreicht werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist das bereits unter der früheren Bundesregierung initiierte Projekt „Sport mit Aussiedlern“.

Sprachkompetenz

Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel der Integration. Sie sind notwendige Bedingungen für die Eingliederung in Schule, Ausbildung und Beruf wie auch in die Nachbarschaft mit einheimischen Deutschen. Gerade hier wirkt es als Grenzziehung, wenn Spätaussiedler untereinander nur Russisch sprechen. Von manchen Deutschen daher als

Russen tituliert, fühlen sich viele Russlanddeutsche diskriminiert („In Russland war ich der Deutsche, hier bin ich Russe“).

In Rumänien, wo die deutschen Bildungseinrichtungen nicht aufgelöst worden waren, konnte sich die deutsche Sprache erhalten. Spätaussiedler aus Rumänien hatten daher in der Regel gute Deutschkenntnisse und benötigten keine Sprachkurse. Anders war die Situation in Polen, wo die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Polonisierungspolitik dazu führte, dass die meisten jungen Deutschen nicht mehr Deutsch lernten und daher einer Sprachförderung bedurften. Unter den Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion sind in den neunziger Jahren kaum noch Deutschkenntnisse vorhanden (vgl. dazu S. 38).

Dies ist zum einen durch die sprachliche Assimilierung nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht: In der Sowjetunion war seit 1956 zwar der muttersprachliche Deutschunterricht an Schulen wieder erlaubt, die geringe Verbreitung – vor allem auf dem Land – sowie der Mangel an Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien führte jedoch dazu, dass die Muttersprache zunehmend an Bedeutung verlor.

Im Februar 1994 wurde auf dem gesamten Territorium Russlands eine Repräsentativerhebung durchgeführt, mit der fünf Prozent der in Russland lebenden Bevölkerung erfasst wurden. In dieser Befragung benannten nur noch 36 Prozent der beteiligten Russlanddeutschen Deutsch als ihre Muttersprache. Einschränkend ist bei diesem Ergebnis die Diskrepanz zu bewerten zwischen der Benennung von Deutsch als Sprache der Vorfahren („Muttersprache“) einerseits und der aktiven Sprachbeherrschung andererseits, die nur noch 13 Prozent der Befragten bestätigen konnten. Während die älteren Russlanddeutschen sich oft noch in ihrem Dialekt verständigen können, trifft dies auf die jüngere Generation kaum noch zu.

Mitbedingt durch den hohen Anteil an gemischt nationalen Ehen (er betrug bei den 1997/98 eingereisten Spätaussiedlern rund 50 Prozent) ersetzt zum Zweiten auch in den Familien die russische oft die deutsche Sprache. Von dem in das Aufnahmeverfahren integrierten Sprachtest ist auch perspektivisch keine Verbesserung der sprachlichen Ausgangssituation zu erwarten. Denn dieser Test muss nur von der Person absolviert werden, die „Statusträger“ ist. So kann es sein, dass ein 70-jähriger Mann den Sprachtest besteht, um dann mit einer mehrköpfigen Familie einzureisen, deren Mitglieder über keine Deutschkenntnisse verfügen.

Der Deutschkurs wird damit für Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion obligatorisch. Die Grenzen der im Laufe der Jahre auf sechs Monate (für Jugendliche zehn Monate) begrenzten Sprachförderung werden unmittelbar deutlich. Insbesondere die sechsmonatigen Kurse reichen kaum aus, um eine für die erfolgreiche Integration adäquate Sprachförderung bereitzustellen.

Die Politik der Bundesregierung zielt daher auf eine Neuorganisation und Effektivierung der Sprachförderung, allerdings auf der Grundlage des bisherigen Mittelumfangs. Durch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten und die Bündelung der Sprachförderungsmaßnahmen für alle Migrantengruppen sollen unter anderem Kurse mit Teilnehmerzahlen entstehen, die eine dem Lernziel förderliche Binnendifferenzierung ermöglichen (zum Beispiel besondere Angebote für bestimmte Berufs- oder Altersgruppen). Ziel ist es ferner, die Sprachförderung durch eine viermonatige beruflich-sprachliche Orientierung zu ergänzen. Nach Aussagen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Jochen Welt konnte mit diesen kombinierten Kursen in Pilotprojekten ein Vermittlungserfolg von 60 bis 90 Prozent auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erreicht werden.

Integrationsprozess

Spätaussiedler sind den einheimischen Deutschen rechtlich gleich gestellt. So hoch die Bedeutung des Passes als Identifikations- und Zugehörigkeitssymbol auch ist, so wenig sagt er jedoch aus über die jeweiligen praktischen Eingliederungsprobleme und Orientierungsnotwendigkeiten, über Migrationserfahrungen und Unterschiede in Vorstellungsweisen, Wertorientierungen und Lebensweisen. Insbesondere die Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion stehen hier vor einem Anpassungsbedarf, der alle Lebensbereiche umfasst.

Berufliche Eingliederung

Etwa 55 Prozent der Aussiedler, die im Jahr 1998 in die Bundesrepublik einreisten, waren Erwerbspersonen (davon über die Hälfte Frauen) aus folgenden Berufsgruppen: land- und forstwirtschaftliche Berufe (neun Prozent), Bergbauberufe (0,5 Prozent), industrielle und handwerkliche Berufe (36 Prozent), technische Berufe (neun Prozent) sowie Dienstleistungsbetriebe (44 Prozent).

Während bei den Männern der Schwerpunkt der mitgebrachten Berufe mit 44 Prozent bei den industriellen und handwerklichen Berufen liegt, sind bei den Frauen mit 58 Prozent die Dienstleistungsbetriebe dominierend.

Spätaussiedler haben ihre Ausbildung und beruflichen Erfahrungen in Wirtschaftssystemen erworben, die sich stark vom hiesigen unterscheiden. Mitgebrachte Qualifikationen werden oft nicht oder nur mit einer Zusatzqualifikation anerkannt, so zum Beispiel durch eine Zusatzqualifikation in EDV. Betroffen sind von dieser Situation in großem Maße auch Akademiker und hier insbesondere diejenigen, die eine gesellschaftspolitisch geprägte Ausbildung mitbringen, wie zum Beispiel Juristen (Russisches Recht), Diplomökonomen oder Lehrer.

So führt die berufliche Integration vieler Aussiedler über Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung bzw. die Orientierungs-, Fortbildungs- und Anpassungsmaßnahmen des Akademikerprogramms. Oft genug eröffnet nur ein beruflicher Neuanfang und/ oder eine Arbeitstätigkeit weit unter dem

Qualifikationsniveau eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Von großer Bedeutung sind aber auch die Vermittlung von außerfachlichen Qualifikationen, das Kennen lernen der Segmente und Funktionsweisen des deutschen Arbeitsmarktes sowie Bewerbungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. „Persönliches Marketing“ ist Aussiedlern häufig fremd.

Von der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland sind auch die Aussiedler betroffen, wobei Spätaussiedler aus Polen und Rumänien generell bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Bundesanstalt für Arbeit verzeichnet jedoch in den letzten Jahren eine rückläufige Arbeitslosigkeit von Spätaussiedlern. So waren Ende Juli 1998 insgesamt 121400 Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen arbeitslos gemeldet, rund 20 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dieser Trend bestätigte sich in den Folgejahren. Von Januar bis April 2000 sank die Zahl der arbeitslosen Spätaussiedler von etwa 88000 auf 77000. Insbesondere von der für Ingenieure, die IT-Branche und die Pflegeberufe guten Arbeitsmarktsituation profitierten auch die Aussiedler. Auch für Handwerker, Mechaniker und Elektriker bestehen im Allgemeinen gute Beschäftigungschancen.

Offenbar dokumentiert sich in dieser Statistik neben dem Rückgang der Zuwanderungszahlen die besondere Flexibilität und Bereitschaft der Aussiedler, auch solche Arbeitstätigkeiten anzunehmen, die deutlich unter ihrer mitgebrachten Ausbildung und Berufserfahrung angesiedelt sind und damit eine berufliche Dequalifizierung in Kauf zu nehmen.

Das höchste Arbeitsmarktrisiko tragen die Frauen. In den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion waren sie in aller Regel berufstätig, was angesichts der vorherrschenden traditionellen Familienstruktur einer Doppelbelastung von Beruf und Familie gleichkam. In Deutschland sind die Frauen weitaus mehr von Arbeitslosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen und beruflicher Dequalifizierung betroffen als die Männer (aus Lehrerinnen werden Erzieherinnen, aus Bürokräften Reinigungskräfte). Eine Ursache ist vermutlich in der anderen Berufsstruktur zu sehen. So sind in Dienstleistungsberufen gute Sprachkenntnisse weit häufiger eine Voraussetzung als in industriellen und handwerklichen Berufen.

So finden sich Frauen häufig unfreiwillig in der Rolle der Hausfrau und Mutter wieder. Darüber hinaus verzichten Frauen oft auf eine berufliche Tätigkeit oder auch auf einen Sprachkurs, um Familienpflichten wie die Kinderbetreuung übernehmen zu können. Hier können angepasste Eingliederungsmaßnahmen Chancen eröffnen. So bietet zum Beispiel das Land Nordrhein-Westfalen in der Landesaufnahmeeinrichtung Unna-Massen so genannte Familiensprachkurse an, bei denen für eine Kinderbetreuung gesorgt ist.

Die Berufstätigkeit und damit ein Lebensunterhalt unabhängig von staatlichen Transfersystemen – und hier vor allem der Sozialhilfe –, eine eigene Wohnung und zunehmende Kontakte zu Einheimischen tragen wesentlich zum Einleben der Zuwanderer bei.

Dabei hat die verstärkte Wohnungsbauförderung durch Bund und Länder zu einer spürbaren Entlastung des Wohnungsmarktes beigetragen, von der auch die Spätaussiedler profitieren. Oft ziehen sie aus der drangvollen Enge des Übergangswohnheims in eine Sozialwohnung. Viele Gemeinden halten entsprechende Kontingente für Spätaussiedler bereit, was jedoch die Gefahr der Isolierung von Aussiedlern in einer kompakten Wohnsituation erhöht. Die Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt sind dagegen nicht zuletzt aus materiellen Gründen, zumindest in der ersten Zeit, vergleichsweise gering.

Jugendliche Aussiedler in Deutschland

In jüngerer Zeit häuften sich die schlechten Nachrichten über jugendliche Aussiedler – Drogenhandel, Beschaffungskriminalität, Schlägereien mit Immigranten anderer Herkunft und Eigentumsdelikte sind die Schlagworte, die dabei oftmals genannt werden. Tatsächlich ist der Anteil junger Aussiedler, die in deutschen Gefängnissen einsitzen, angestiegen. Aber selbst dann, wenn man misslingende Integration nicht erst über Kriminalität definiert, sondern „harmlosere“ Probleme ansieht, scheint es, als seien junge Aussiedler häufig auf der Verliererseite zu finden. [...]

Forschungsberichte, in denen Aussiedler mit Einheimischen und den bereits länger in Deutschland lebenden Ausländern verglichen werden, scheinen diese Sichtweise zu bestätigen. Im Unterschied zu den Einheimischen macht es den Eindruck, als würde mit längerem Aufenthalt die Häufigkeit problematischen Verhaltens mehr und mehr ansteigen. Tatsächlich legt die internationale Immigrationsforschung aber einen anderen Verlauf der Eingliederung nahe. Für die meisten Immigrantengruppen gilt, gleich ob es sich um Erwachsene oder Jugendliche handelt, dass sie sich mit der Zeit im Aufnahmeland besser zurechtfinden. Dies beinhaltet nicht nur, dass sich die „Neuen“ an Lebensart und Wertorientierungen der Einheimischen gewöhnen und mehr und mehr Informationen über die Strukturen sammeln, sondern auch, dass ganz konkrete Probleme wie die Wohnungs- oder Arbeitsfindung mit der Zeit von den meisten Immigranten gelöst werden. [...]

Unsere Studie hatte das Ziel herauszufinden, ob die Belastung mit Problemen bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern im Alter von zehn bis 16 Jahren während ihrer Zeit in Deutschland abnimmt, wie es die restliche Forschung nahe legt, oder ob sich tatsächlich bei dieser Gruppe mehr und mehr Frustrationen mit negativen Folgen aufbauen, wie es sich aus den Vergleichen Jugendlicher mit verschiedenen langer Aufenthaltsdauer zu ergeben scheint. Um sicherzugehen, dass es sich tatsächlich um eine Zunahme handelt (wenn diese denn auftreten würde), haben wir über

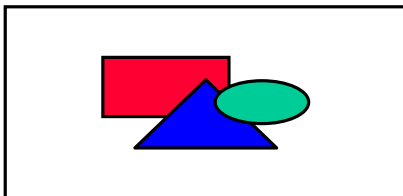
den Vergleich von Gruppen junger Aussiedler verschieden langen Aufenthalts in Deutschland hinaus die Veränderung der einzelnen Jugendlichen während dieser Zeitspanne untersucht. Dazu wurden knapp dreihundert Jugendliche viermal im Abstand von sechs Monaten über depressive Stimmungen, Schulprobleme und auch über ihren Alkoholkonsum befragt.

Bei dieser längsschnittlichen Untersuchung zeigte sich, dass sich nicht alle jungen Aussiedler in Richtung auf mehr Problembelastung verändern. Im Gegenteil: Für die meisten Jungen und Mädchen, genauer für etwa drei Viertel, gilt, dass sie trotz anfänglicher Schwierigkeiten mit der Schule und der emotionalen Befindlichkeit nach ungefähr vier in Deutschland verbrachten Jahren keine wesentlichen Probleme mehr haben. So zeigen sich in dieser Gruppe im Vergleich zu den Einheimischen keine Stimmungseinbußen mehr und auch in der Schule erzielen die Jungen und Mädchen durchschnittlich zumindest zufrieden stellende Resultate. Der Konsum von Alkohol lag bei diesen Jugendlichen nicht über dem Einheimischer gleichen Alters. Das verbleibende Viertel hatte allerdings schlechte Noten und Verständnisprobleme in der Schule und berichtete im Durchschnitt über mehr depressive Stimmungen. Einige tranken auch übermäßig viel Alkohol.

Was aber macht die dauerhaft problematischen Jugendlichen so verschieden von den anderen, obwohl doch alle anfangs mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten? Die beiden Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich des Ausgangsrisikos für misslingende Integration. Als risikobelastet galten Jungen und Mädchen, die nur ungerne nach Deutschland gekommen sind, denen die Kontaktaufnahme zu den Einheimischen nicht gelang, deren Familien ihnen keinen genügenden Rückhalt vermitteln konnten, weil die Eltern selbst unter depressiven Verstimmungen litten oder man sich untereinander nicht verstand, und natürlich Jugendliche, die die deutsche Sprache nicht beherrschten. Wenn mehrere dieser Risiken zusammenkamen, und das war besonders oft dann der Fall, wenn der Vater arbeitslos war, dann verbesserten sich die Schulleistungen nicht und die jungen Aussiedler litten unter depressiven Stimmungen, beides bekannte Vorläufer von anderen auffälligen Verhaltensweisen wie Kriminalität. Zusammenfassend gilt, dass keinesfalls alle jungen Aussiedler mit der Zeit immer gefährdeter sind, in soziale Randständigkeit und Frustration abzustürzen. Vielmehr schaffen es die meisten ganz gut, im Verlauf der ersten paar Jahre festen Boden unter die Füße zu bekommen. Allerdings spricht man in der Öffentlichkeit über die Mehrheit jener erfolgreichen Jungen und Mädchen weniger als über die auffälligen, unglücklichen. Letztere bedürfen freilich der besonderen Hilfen. Zu denken ist an Maßnahmen im Bereich der Schulen, an Freizeitangebote sowie an Hilfen für die Familien.

Eva Schmitt-Rodermund, Rainer K. Silbereisen, Universität Jena.

1 Die hier berichteten Ergebnisse beziehen sich auf die Studie „Erfolg und Verlauf der Aneignung neuer Umwelten durch Aussiedler“, die im Auftrag des Ministerium für Inneres 1992 bis 1994 durchgeführt wurde (s. auch



Literaturhinweise).

[267_6-2.html](#)[267_6-2.html](#)

Bedeutung der Familie

In der ehemaligen Sowjetunion waren soziale Netzwerke von besonderer Bedeutung, in deren Zentrum die Familie bzw. die Großfamilie stand. Auch bei der Migration steht die Familie im Mittelpunkt, zum einen als Aussiedlungsgrund zur Familienzusammenführung mit bereits in Deutschland lebenden Verwandten. Zum anderen ist für die Aussiedleraufnahme die Zuwanderung von Familien charakteristisch, die häufig mehrere Generationen, von den Großeltern bis zu Kindern und Anverwandten umfassen.

Das Einleben in Deutschland und die Integration sind wesentlich an die Familie geknüpft. Ein gutes emotionales Familienklima stellt für die Aussiedlerfamilien eine wirksame psychische und soziale Ressource dar, die wesentlich zu einer positiven Gefühlslage angesichts der neuen Lebenssituation beiträgt. Der besondere Zusammenhalt von Familien aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist dabei auch oft Ausdruck starker kollektivistischer Wertvorstellungen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung.

Jedoch ist auch das Binnengefüge der Familie von der Migration betroffen. Frauen, die ihre Interessen der Eingliederung der Kinder und der Familie insgesamt nachordnen oder unfreiwillig auf eine Berufstätigkeit verzichten, werden mit hiesigen Geschlechtsrollenbildern sowie neuen und umfassenderen Aufgaben im Rahmen der Betreuung, Erziehung und Lebenswegplanung der Kinder konfrontiert.

Kirchliches und kulturelles Leben

Der Eingliederungsprozess im Sinne der Integration von Altem und Neuem lässt sich am Beispiel des kirchlichen und kulturellen Lebens verdeutlichen. Glaube und Religionsgemeinschaften waren in den Herkunftsländern von

großer Bedeutung, insbesondere für die älteren Russlanddeutschen. Sie sind ein wesentlicher Faktor der deutschen Identität und Kultur. Russlanddeutsche Familien bringen daher vielfach eine sehr traditionell geprägte Religiosität mit nach Deutschland, die eher moralischer als kirchlich-theologischer Natur ist und vielfach in Bürgergemeinden praktiziert wird. Von den im Jahr 1999 zugewanderten Aussiedlern waren 53698 evangelisch-lutherischen Glaubens, 18933 römisch-katholischen Bekenntnisses, 12047 russisch-orthodox sowie 5366 anderen Bekenntnisses, darunter Baptisten und Mennoniten. 11488 Personen gehörten keiner Glaubensrichtung an. 3384 machten keine Angabe. Während die Religiosität bei der Erwachsenengeneration und den Älteren eine große Rolle spielt, hat sie bei den Jugendlichen, nicht zuletzt durch die Sozialisation in der Sowjetunion, an Bedeutung eingebüßt.

Die evangelische und die katholische Kirche engagieren sich in vielfältiger Weise bei der Integration der Aussiedler in ihre Gemeinden und bei der Betreuung ausgesiedelter Familien. Mit der Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz mit der Seelsorge für katholische Deutsche aus Russland wurden Einrichtungen geschaffen, die sich mit den speziellen Bedürfnissen der Aussiedler auseinander setzen, um diese in die kirchliche Arbeit zu integrieren.

Dennoch ist das kirchliche Leben in Deutschland vielen Russlanddeutschen fremd, wird als zu liberal und weniger andächtig empfunden. Viele Gläubige schließen sich in eigenen religiösen Gemeinschaften zusammen. Die „Kirchliche Gemeinschaft der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Russland e.V.“ mit Sitz in Bad Sooden-Allendorf unterhielt Ende 1995 Verbindung zu über 100 Brüdergemeinden.

Mennoniten reisen häufig in ganzen Gemeinden einschließlich ihres Predigers aus und trachten danach, sich auch in Deutschland wieder als eigenständige Gemeinde niederzulassen, was nach dem Wohnortzuweisungsgesetz 1996 nicht mehr möglich ist.

Die schwieriger werdende Eingliederungssituation und der Wunsch nach politischer Betätigung haben dazu beigetragen, dass unter den Russlanddeutschen zunehmend die Frage nach der Gründung einer politischen Vereinigung diskutiert wurde. So wurden seit 1997 eine Reihe von politischen Vereinigungen gegründet, die sich jedoch allesamt nicht zu einer breiten Interessenvertretung weiterentwickelten. Ausnahme ist die bereits 1950 gegründete „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.“, deren Ziel die Unterstützung der materiellen, kulturellen und gesellschaftlichen Eingliederung ist. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt bei der Kulturförderung. So organisiert sie etwa Vorträge russlanddeutscher Autoren und Ausstellungen russlanddeutscher Künstler. Ihr Publikum findet diese Veranstaltungen jedoch vorwiegend bei den Russlanddeutschen selbst. Darüber hinaus verfügt die Landsmannschaft über eine große Wanderausstellung über die Geschichte der Russlanddeutschen, die sie zur Öffentlichkeitsarbeit einsetzt.

Neben der seit 1950 monatlich in 40000 Exemplaren erscheinenden Zeitschrift der Landsmannschaft der Russlanddeutschen „Volk auf dem Weg“ haben sich in den letzten Jahren eine Reihe von Zeitungen mit zum Teil bemerkenswert hohen Auflagen gegründet, die sich an die Russlanddeutschen richten und teils in deutscher, teils in russischer Sprache berichten. Dazu zählen „Semlaki“ (monatlich, russisch, 70000 Exemplare) und „Kontakt“ (zweimal wöchentlich, russisch, 55000 Exemplare) sowie „Die Neue Arena“ (monatlich, deutsch/russisch, Auflage 50000 Exemplare). Außerdem erscheinen „Vostocnyj Express“ (monatlich, deutsch/russisch, Auflage 45000) und „Euroasiatischer Kurier“ (monatlich, deutsch/russisch, 10000 Exemplare). Während „Volk auf dem Weg“ überwiegend aus Deutschland berichtet, drucken die anderen Zeitungen wesentlich häufiger Berichte aus den Herkunftsgebieten in der ehemaligen Sowjetunion. Es stellt sich die Frage, ob sich die Leserinnen und Leser damit in eine selbst gewählte Isolation begeben, aus der heraus die Eingliederung in Deutschland nicht leichter fallen dürfte (Eisfeld 1999).

Aussiedler sind keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht.

Persönlichkeitsunterschiede sind dabei ebenso von Bedeutung wie aus den verschiedenen Herkunftsländern mitgebrachte Wertvorstellungen und Erfahrungen sowie die wahrgenommene Nähe zur deutschen Kultur. Derartige Merkmale tragen in sehr verschiedener Weise zum Verlauf des Integrationsprozesses bei.

Der Anpassungsprozess erwies sich dabei bei solchen Familien als schwieriger, die sich in ihren Herkunftsländern stark an deutschen Werten und Traditionen orientiert hatten. „Für jene, die den Einheimischen schon zu Beginn überaus nahe standen, drohten umgekehrt auch Enttäuschungen, denn das Deutschland von heute und das ihrer Träume sind keineswegs gleich“ (Silbereisen/Lantermann/ Schmitt-Rodermund 1999).

Im Ergebnis zeigten sich in Längsschnittuntersuchungen starke Parallelen zu den Erkenntnissen der internationalen Immigrationsforschung. Aussiedler sind, so die Schlussfolgerung der Autoren, einem „regelrechten Akkulturationsprozess unterworfen, und zwar offenbar ungeachtet ihrer rechtlichen Sonderstellung gegenüber anderen Immigranten (bzw. in Deutschland Ausländern). Dies muss für alle sozialpolitischen Fragen der Integration ein Ankerpunkt sein“.

Eingliederung jugendlicher Spätaussiedler

Jugendliche Spätaussiedler aus Russland waren vor der Ausreise im Lebensumfeld ihrer Herkunftsländer im Allgemeinen integriert. Von der deutschen und russischen Kultur sehen sich viele in gleicher Weise beeinflusst, wie 45 Prozent einer Stichprobe Jugendlicher anlässlich einer Befragung der Universität Nowosibirsk betonten. 26

Prozent sahen sich hauptsächlich durch die deutsche Kultur beeinflusst, 20 Prozent hauptsächlich durch die russische Kultur. 35 Prozent erachteten ihre kulturellen Besonderheiten auch nach der Ausreise für bewahrenswert. 46 Prozent stimmten dem teilweise zu (Deutsches Forschungszentrum an der Universität Nowosibirsk 1997).

Aus entwicklungspsychologischer Sicht trifft die Jugendlichen die Aussiedlung in einer Phase des persönlichen Umbruchs und der Ablösung vom Elternhaus, an das sie durch die Aussiedlung wieder stärker gebunden werden. In diesem Sinne zeigen sich die Brüche der Lebenswelten, die auch durch die Trennung von Freunden und Heimat charakterisiert sind, besonders krass. Hinzu kommt das Erlebnis des Zusammenbruchs der Sowjetunion mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen in den Nachfolgestaaten. Ist die Elterngeneration noch bereit, für die Zukunft der Kinder eigene Beeinträchtigungen auf sich zu nehmen, so reklamieren die Jugendlichen zunehmend auch die Konsumwelt für sich.

Integration als vordringliche Aufgabe

In dem Programm („Aussiedlerpolitik 2000“, Anm. d. Red.) wird betont, dass die neue Bundesregierung der Aussiedlerpolitik große gesellschaftspolitische Bedeutung beimisst. [...]

Das bedeutet einerseits, dass wir einen sozialverträglichen Zuzug bejahen. Andererseits werden wir die Angehörigen der deutschen Minderheiten in den Herkunftsländern auch künftig dabei unterstützen, ihre wirtschaftliche, soziale und rechtliche Lage zu verbessern. [...]

Sozialverträglicher Zuzug setzt Integration voraus. Integration ist daher Schwerpunkt der Aussiedlerpolitik dieser Bundesregierung und hat absolute Priorität. Das oberste Ziel ist, die Aussiedler für die schnelle und dauerhafte Teilhabe am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben vor allem der örtlichen Gemeinschaft vorzubereiten und auf Entwicklungen, die dies zu verhindern drohen, offensiv und effektiv zu reagieren.

Die Eingliederung der heute zu uns kommenden Russlanddeutschen ist trotz zurückgegangener Zuzugszahlen erheblich schwieriger geworden. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen:

- fehlende Deutschkenntnisse,
- zunehmender kultureller Abstand auch infolge gemischtnationaler Ehen,
- allgemein verschlechterte Chancen auf dem Arbeitsmarkt,
- Bildung von Wohngebieten mit hoher Aussiedlerkonzentration, auch wenn dieser Entwicklung durch das Wohnortzuweisungsgesetz entgegengewirkt werden konnte. [...]

Die gezielte Förderung der Integration junger Aussiedler hat absolute Priorität in der Aussiedlerpolitik der neuen Bundesregierung. Für sie sind verstärkte Anstrengungen erforderlich, damit sie besser in ihre neue Lebenswelt hineinwachsen. Damit wird auch neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen, die zu dem Ergebnis kommen: „Wir müssen uns vordringlich um die jungen Leute kümmern, damit sie nicht zu Außenseitern in unserer Gesellschaft werden und in Kriminalität und Drogenkonsum abgleiten.“ Hier tickt eine „soziale Zeitbombe“. Entsprechende Entwicklungen lassen sich aus Untersuchungen über Auffälligkeit und Delinquenz ablesen. [...]

Die neuen gemeinwesenorientierten Maßnahmen zielen auf Spätaussiedler und ihre Nachbarn in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld ab. Sie sind Teil ihrer Lebens- und Erfahrungswelt und können damit konkret zur Behebung von Integrationshemmnissen beitragen. Deren Inhalte sollen stets präventiven Charakter haben und beziehen sich vor allem auf:

- Isolations- und Aggressionsabbau,
- Einbindung in die örtliche Gemeinschaften sowie
- Vorbereitung auf den Beruf und das gesellschaftliche Leben in Deutschland.

Ein ganz wesentliches Element der gesellschaftlichen Integration ist hierbei, die Spätaussiedler an örtliche Vereine heranzuführen und dort einzubinden. [...]

Einen wichtigen Teil meiner Arbeit sehe ich darin, die Integrationsbemühungen effektiver zu gestalten, das heißt die Maßnahmen nicht zuletzt wegen der begrenzten Mittel stärker zu verknüpfen und zu vernetzen. Diese Funktion sollen kommunale Netzwerke für Integration übernehmen. Auch hier ist keine isolierte Spätaussiedlerarbeit gemeint. [...]

Mir schwebt vor, dass zu diesem Zweck Netzwerke für Integration gebildet werden müssen. Dies muss kein personal- und kostenintensiver Apparat sein. Wichtig ist aber ein institutionalisierter „runder Tisch“, an dem alle an der Integration Beteiligten und nicht zuletzt die Aussiedler bzw. ihre Organisationen sitzen sollen. Die Leitung dieses Netzwerkes sollte möglichst bei der Kommune liegen, die ja auch die Gesamtverantwortung für die Integration vor Ort hat. [...]

Ein „Netzwerk“ für Integration kann besser entscheiden, wo zusätzliche Maßnahmen nötig und erfolgversprechend sind. Wir bekommen auf diese Weise qualifiziertere, auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnittene Projekte, die in die anderen kommunalen Aktivitäten eingebettet sind. Dieses Verfahren soll dazu beitragen, dass die Maßnahmen nicht mehr an den verfügbaren „Fördertöpfen“, sondern an den vorhandenen Problemen vor Ort orientiert werden. [...]

Dem steht auch die Notwendigkeit der Vernetzung auf Bundeseite gegenüber. Wie schon im „Aussiedlerkonzept 2000“ ausgeführt, ist dabei nicht die Schaffung von neuen Ämtern mein Ziel, sondern die Bündelung der

vorhandenen Kräfte in einem Bundesinstitut für Integration. [...] Wissenschaftliche Arbeit in Verbindung von Forschungs- und Hochschuleinrichtungen, Koordination und Organisation der Sprachförderung, Koordination der Projektförderung und Beratungsarbeit, Abstimmung der Arbeitsansätze auf Bundes- und Landesebene gehören zum Aufgabenbereich des Instituts. [...]

Mein wichtigstes Ziel im Jahr 2000 bleibt eine Verbesserung der Sprachförderung für die Aussiedler. Sprache ist bekanntlich der Schlüssel zur Integration. Eine generelle Verlängerung der Sprachförderung, die insbesondere von den Ländern gefordert wird, ist offensichtlich zur Zeit nicht durchsetzbar. Haben wir doch für diesen Zweck – einschließlich der Eingliederungshilfe – im Jahr 1999 immerhin rund eine Milliarde DM ausgegeben. [...]

Jochen Welt (SPD) ist Bundestagsabgeordneter und der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen.

Jochen Welt, Aussiedlerpolitik der Bundesregierung, Zwischenbilanz und Ausblick, in: Info-Dienst Deutsche Aussiedler Heft Nr. 107, März 2000, S. 2 ff.

Schule, Ausbildung und Beruf

Für die Integration junger Spätaussiedler erweisen sich Sprache, Eingliederung in Schule, Ausbildung und Beruf, aber auch die Akzeptanz von Einheimischen als wesentliche Merkmale. Unter den Aussiedlern, die im Jahr 1999 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, waren 20323 Schüler an Hauptschulen (Mittelschulen), 1328 Fachschüler an weiterführenden Schulen sowie 1071 Hochschul- und Fachhochschüler. Weitere jugendliche Aussiedler waren bereits in einem Beruf tätig.

Geringe Sprachkenntnisse und unterschiedliches Schulwissen vor allem in sprachlichen und sozialwissenschaftlichen Fächern haben oft zur Folge, dass die schulische Integration schwierig verläuft und die Jugendlichen eine bis zwei Klassenstufen niedriger eingeschult werden, als es ihrer Altersgruppe entspräche. Zur Unterstützung bei der Eingliederung in die Regelschule haben viele Grund- und Hauptschulen daher spezielle sprachliche und schulische Förderprogramme eingerichtet. Diese Maßnahmen stehen nach der Änderung der Garantiefondsrichtlinien vor allem jungen Aussiedlern offen, die nicht mehr schulpflichtig sind. Sie sind als grundlegende Integrationsmaßnahmen zu bewerten. Durch die Ausweitung von Förderklassen und die verstärkte Nutzung von Förderschulinternaten könnte die Eingliederung noch unterstützt werden.

Zur Anpassungsleistung in der Schule zählt darüber hinaus die Adaption völlig fremder Lehr- und Lernformen:

„Vertraut im Umgang mit Frontalunterricht, autoritärem Lehrpersonal und weitgehend reproduktiven Lernformen werden Aussiedler in der Bundesrepublik mit einer Lernkultur konfrontiert, in der soziales und kommunikatives Lernen eine größere Rolle spielt als in ihrem Herkunftsland. Von daher entsteht bei ihnen mitunter der Eindruck, hierzulande seien die Lehrer zu lasch. Die Aussiedler vermissen klare Anweisungen, wie man zu lernen hat, was richtig oder falsch ist und was man darf oder nicht darf. Diese Lernsituation führt zur Verunsicherung und zum Rückzugsverhalten. Von Seiten der Lehrer und der einheimischen Schüler werden Aussiedler als ‚unscheinbare und schweigende‘ Gruppe wahrgenommen“ (Strobl/Kühnel 2000).

Auch bei der Planung des Bildungsweges in einem ihnen fremden Bildungswesen bedürfen jugendliche Spätaussiedler der Beratung und Orientierung. Meist haben sie Probleme, sich in der Vielfalt der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu orientieren. Ihre Ausbildung selbst in die Hand zu nehmen und ihren Bildungsweg zu planen, ist ihnen oft fremd. So verharren sie häufig passiv und warten ab, was an sie herangetragen wird. Die Eigeninitiative zu fördern, ist daher eine der wesentlichen Aufgaben der ausbildungsbegleitenden Beratungs- und Orientierungshilfen.

Zur Integration der jugendlichen Aussiedler in das Bildungswesen gibt es keine bundesweiten Statistiken, da Aussiedler als Deutsche nicht oder nur über einen begrenzten Zeitraum gesondert geführt werden. Anhaltspunkte kann jedoch die Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen liefern. Danach beträgt der Anteil der Aussiedler in den Schulformen Hauptschule 28,1 Prozent, Gymnasium 8,3 Prozent, Realschule 17,5 Prozent und Gesamtschule 10,3 Prozent. Damit ist das durchschnittliche Bildungsniveau der ausgesiedelten Jugendlichen deutlich schlechter als das der einheimischen, die sich im Vergleich dazu auf die verschiedenen Schulformen wie folgt verteilen: Hauptschule 11,9 Prozent, Realschule 13,4 Prozent, Gesamtschule 9,1 Prozent und Gymnasium 23,2 Prozent (37. Sozialanalyse 1999). Dabei messen die jugendlichen Spätaussiedler ihrer Ausbildung durchaus einen hohen Wert bei. Auch die Bedeutung der deutschen Sprache für den Ausbildungserfolg ist ihnen sehr bewusst, auch wenn sie Deutsch in der Kommunikation untereinander zunächst nur wenig nutzen.

Für diejenigen jungen Aussiedler, die ein Hochschulstudium anstreben oder fortsetzen möchten, hat ein Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15. April 1994 Einschränkungen bewirkt. Aus der ehemaligen Sowjetunion ausgesiedelte Studenten können ihr Studium mit der fachgebundenen Hochschulreife fortsetzen, wenn sie mindestens vier Semester im Herkunftsland studiert haben. Alle anderen müssen zunächst in einem Sonderlehrgang die Hochschulreife erwerben. Nachdem im Sonderlehrgang bis dato die „Allgemeine Hochschulreife“ erworben wurde, soll dies seit 1994 nur noch den Besten möglich sein. Die anderen Teilnehmer erwerben mit der Abschlussprüfung den „Schulischen Teil der Fachhochschulreife“, der, je nach Bundesland, ergänzt durch ein Praktikum oder eine berufliche Ausbildung zur vollen Fachhochschulreife aufgestockt werden kann. Der Beschluss

ist Mitte 2000 jedoch von Nordrhein-Westfalen, das 21,8 Prozent aller Spätaussiedler aufnimmt, noch nicht umgesetzt worden.

Angesichts der in den letzten Jahren gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit haben junge Aussiedler im Vergleich zu Einheimischen, mit denen sie weder sprachlich noch hinsichtlich ihrer beruflichen Qualifikation konkurrieren können, geringere Chancen, eine Ausbildungsstelle zu finden. Dies wird auch daran deutlich, dass nach Aussagen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Jochen Welt jugendliche Spätaussiedler überproportional häufig am Sofortprogramm der Bundesregierung zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit beteiligt sind, dessen Ziel die spätere Eingliederung der Teilnehmer in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt ist.

Auch beim Einstieg in den Beruf können viele junge Aussiedler – wie analog bereits für die Eltern beschrieben – nicht mehr an ihre Qualifikationen aus dem Herkunftsland anknüpfen. Somit ist der berufliche Wiedereinstieg oft mit Statusverlusten verbunden. Die Erfahrungen der Jugendgemeinschaftswerke belegen, dass junge Aussiedler insbesondere unter schlechten Arbeitsbedingungen, bei hohem Risiko des Arbeitsplatzverlustes und in niedrigen Einkommensgruppen tätig werden. Die von den Jugendgemeinschaftswerken erfassten Jugendlichen gaben zu knapp 60 Prozent an, dass sie eine Hilfsarbeitertätigkeit übernommen haben; gut ein Viertel war als Facharbeiter oder Facharbeiterin tätig (37. Sozialanalyse 1999).

Gesellschaftliche Stellung

Für die gesellschaftliche Integration jugendlicher Spätaussiedler bilden Wohnumfeld, Erwerbstätigkeit der Eltern und die Integration in das Bildungsumfeld eine entscheidende Rolle. Im Vergleich sind junge Spätaussiedler stärker von staatlichen Leistungen abhängig, während einheimische Jugendliche eher von der Familie unterstützt werden oder einen Teil ihres Geldes durch Jobs dazuverdienen – ein Markt, der den jugendlichen Spätaussiedlern zunächst offensichtlich noch nicht in gleicher Weise zugänglich ist.

Für die Bewältigung der Aussiedlungserfahrung und der Fremdheitsgefühle ist die starke Bindung an die Familie von großer Bedeutung. Sie ist das entscheidende Netzwerk, gibt auf emotionaler Ebene Halt und Orientierung. Selbst in der durch die Aussiedlung bedingten Umbruchsituation unterliegt die Familie jedoch einem Kompetenzverlust und kann in den Fragen der Lebensplanung, wie zum Beispiel bei der Berufswahl, nur eingeschränkt helfen.

Dem im Vergleich stärker traditionellen Familienbild und Geschlechtsrollenverständnis von Aussiedlern entspricht eine Wertorientierung, in der kollektive Werte einen höheren Stellenwert haben als individuelle. Während Selbstverwirklichung im Sinne von „frei sein“ von 36,7 Prozent von befragten ausgesiedelten Jugendlichen hinsichtlich ihrer Lebensziele als „sehr wichtig“ eingestuft wurde, waren es bei einer Stichprobe einheimischer Jugendlicher 59,9 Prozent. Beide Gruppen schätzten familiäre Ziele mit der höchsten Priorität ein: Ein „glückliches Familienleben“ ist das Ziel von 63,1 Prozent der Aussiedler, bei den Einheimischen waren es 66,4 Prozent. Das Leben „nach Traditionen“ erschien dagegen für beide Gruppen weniger wichtig. Aussiedler hatten in der Befragung jeweils höhere Pflicht-, Leistungs- und Akzeptanzziele, mit Ausnahme der von beiden Gruppen mit acht Prozent (Aussiedler) bzw. 8,7 Prozent (Einheimische) bewerteten Kategorie „eine Führungsposition haben“. „Reich sein“ war für die Aussiedlerjugendlichen (15,2 Prozent) wichtiger als für die Einheimischen (7,5 Prozent).

Zusammengenommen „legen die Ergebnisse der Umfrage nahe, dass die einheimischen Jugendlichen postmaterialistische Wertorientierungen höher schätzen als die jungen Aussiedler, während Letztere stärker materialistisch orientiert sind“, ein Ergebnis, das sich aus den unterschiedlichen Lebensgeschichten in der bundesdeutschen und der postsowjetischen Gesellschaft erklären lässt (Dietz/Roll 1998).

Ausgesiedelte Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Freizeitgestaltung von einheimischen. Freizeit ist weniger ein zu planender Gestaltungsraum als vielmehr durch spontane Treffen mit Freunden gekennzeichnet. Dabei spielt – aus dem Herkunftsland mitgebracht – das Treffen auf der Straße eine große Rolle. Gerade in den ersten Jahren besteht der Freundeskreis überwiegend aus Aussiedlern, wobei jedoch das Bedürfnis besteht, mehr Kontakte zu Einheimischen zu haben. Dies ist für die jungen Aussiedler mit großen Hürden verbunden. Einerseits wissen sie um ihre mangelnde Sprachbeherrschung, fühlen sich gegenüber Einheimischen benachteiligt und gehen dem Kontakt mit ihnen aus diesem Grund aus dem Weg. Einheimische Jugendliche kommen den Aussiedlern umgekehrt kaum entgegen. So nehmen Aussiedler die Akzeptanz durch Einheimische als durchaus ambivalent wahr. Auf die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass deutsche Aussiedler aus der vormaligen Sowjetunion bei der bundesdeutschen Bevölkerung willkommen sind?“, antworten 7,5 Prozent mit „ja“, 57,1 Prozent mit „teilweise“, 29,4 Prozent mit „nein“ und sechs Prozent mit „weiß nicht“ (Dietz/Roll 1998).

Auch hinsichtlich ihrer finanziellen Situation können Aussiedler mit Einheimischen kaum mithalten. Entsprechend können sie sich vielfach kein Freizeitverhalten leisten, das größere finanzielle Ressourcen erfordert. Während die Jungen ihre Freizeit eher außer Haus verbringen, bleiben die Mädchen mehr zu Hause, was die Gefahr der Isolation bei ihnen verstärkt. Auch die Mitgliedschaft in Vereinen ist bei den jugendlichen Aussiedlern in den ersten Jahren nach der Einreise (noch) kein Thema. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch, dass sportliche Betätigung, der in den Herkunftsländern eine sehr hohe Bedeutung beigemessen wurde, in Deutschland eine sehr viel geringere Rolle spielt (Dietz/Roll 1998).

Integration durch Eigeninitiative

[...] Ich selber bin in Kasachstan aufgewachsen und vor zwölf Jahren gemeinsam mit meinen Eltern und meinem zehn Jahre jüngeren Bruder nach Deutschland gekommen. Natürlich gab es viele Dinge, die nicht einfach waren. Aber das haben wir ja vorher gewusst – auch wenn wir natürlich von einigen Dingen doch etwas andere Vorstellungen hatten. [...] Kaum jemand wird einen hier verachten, weil man einen Akzent hat oder die Sprache nicht ganz fehlerfrei spricht.

Natürlich wird man keine Kontakte knüpfen können, wenn man nach zehn Jahren in Deutschland immer noch nicht in der Lage ist, sich auf Deutsch auch nur übers Wetter oder andere Banalitäten zu unterhalten. [...] Natürlich ist es nicht leicht, eine andere Sprache zu erlernen – aber ganz bestimmt nicht unmöglich – für niemanden, wenn er denn wirklich will. Es gibt Radio, es gibt Fernsehen, es gibt Zeitungen, Bücher, Kassetten, die Sprache wird überall auf der Straße gesprochen und der Deutschkurs an der VHS kostet uns keinen Pfennig. Mehr kann man doch nicht bieten – oder? [...]

Das heißt nicht, dass wir unsere gesamte Vergangenheit verbannt haben. So soll das auch nicht sein. Dieses Land hat uns ein Stück geprägt und wir haben viele Dinge kennen gelernt, die den meisten Menschen hier fremd sind – und längst nicht nur negative Dinge. Dennoch will ich nicht zurück, ich bin froh, dass wir damals den Schritt gewagt haben, nach Deutschland zu kommen. [...]

Aber ich werde mir die Erinnerungen bewahren, erzähle gerne Freunden von diesem Land, wir kochen auch noch öfter zu Hause russische und kasachische Gerichte, haben auch noch russische Literatur in unserem Bücherschrank – und ab und zu werfe ich da sogar noch einen Blick rein, ich habe immer noch eine andere Beziehung zu der Natur als die meisten Deutschen, was wohl mit der Umgebung zusammenhängt, in der ich aufgewachsen bin [...] aber in den meisten Dingen unterscheidet sich unser Leben zu Hause nicht von dem anderer Familien in Deutschland – und das ist gut so.

Ich bin halt in Kasachstan geboren. Und? Gibt wirklich Schlimmeres! Man kann sich nämlich auch selber Komplexe machen. Ähnlich ist es wohl mit dem Unterschied der beiden Gesellschaften. Natürlich war dort vieles anders als hier. Aber wenn man wirklich Interesse daran hat, kann man sehr schnell lernen, wie hier „der Hase läuft“ und sich wohl auch daran gewöhnen – vor allem die jungen Leute bis dreißig oder vierzig müssten das noch ganz gut schaffen.

Ein Problem ist sicherlich auch, dass viele der Aussiedler es seit jeher gewohnt sind, „anders“ zu sein und unter sich zu bleiben. Ich mochte schon früher nicht allzu sehr, wenn sie sich zusammen rotteten, weil sie die Deutschen waren. Jetzt sind sie hier und machen genau dort weiter, wo sie in ihrer alten Heimat aufgehört haben – nur dass sie jetzt die Russen sind.

Das alles muss echt nicht sein! [...] Es erwartet hier niemand Wunder, und so braucht auch niemand Angst zu haben vor den Fehlern, die er beim Sprechen macht. Schon nach ein bis zwei Monaten war ich damals so weit, dass ich merkte, wie die Mauer schwand, die zwischen mir und den Leuten hier bestand – allein durch die Fortschritte in der Sprache. Natürlich werden die Leute trotzdem nicht in Scharen auf einen zukommen, weil sie einen unbedingt kennen lernen wollen. Etwas Eigeninitiative ist schon gefragt. [...] Ein bisschen anstrengen muss man sich schon – doch das muss man doch wohl nicht nur als Aussiedler. Hinterhergetragen wird niemandem etwas. Ich habe damit angefangen, dass ich nicht in Supermärkten, sondern in kleinen Geschäften eingekauft habe – und zwar immer wieder in denselben. Dort waren immer dieselben Verkäufer, die auch meistens etwas Zeit für ein Schwätzchen und Verständnis für meine sprachlichen Schwierigkeiten hatten, man traf auch immer wieder dieselbe Kundschaft – und bald lernte ich die Leute etwas näher kennen. Dann ging ich noch vor Beginn meines eigentlichen Studiums zu einer Vorlesung für Psychologie. Anfangs verstand ich von der Vorlesung fast nichts – aber auch hier traf ich immer wieder dieselben Leute, ging bald mit ihnen Kaffee trinken und abends auch mal ins Kino oder die Disco [...] und irgendwann verstand ich sogar die Vorlesung, was natürlich eine zusätzliche Übung und zudem noch höchst interessant war. Weiterhin wurde ich Mitglied bei einem Brieffreundschaftsclub, wo ich um Kontakte zu Deutschen bat, die möglichst kein Russisch sprachen. So war ich gezwungen, Deutsch zu schreiben [...] anfangs sehr stressig – doch irgendwann klappte es dann. Und zwei der Mädchen lernte ich später auch persönlich kennen und bin noch heute gut mit ihnen befreundet. Es gibt so viele Dinge, die man machen kann! Tja, und später habe ich dann mit den Übersetzungen begonnen, die ich meistens für andere Aussiedler gemacht habe, die sich selber nicht genügend motivieren konnten, die deutsche Sprache zu lernen. Mein Bruder übrigens hatte fast keine Schwierigkeiten. Er wurde damals eine Klasse zurückgestuft, machte in seiner Freizeit noch Übungen, die er von der VHS oder seiner Deutschlehrerin in der Schule bekam, er hatte anfangs sehr viel zu arbeiten – auch in den Schulferien. Aber nach einem knappen Jahr war er abgesehen von der damals noch etwas „holprigen“ Sprache ein Schüler wie jeder andere. *Aus dem Leserbrief einer Russlanddeutschen an die Bundeszentrale für politische Bildung vom 3. August 2000.*

Probleme der Abschottung

Insbesondere dort, wo Aussiedler konzentriert leben, ziehen sie sich in die eigene Gruppe zurück. „Es entsteht eine russischsprachige ‚Gesellschaft in der Gesellschaft‘, über die alltägliche Dienstleistungen bereitgestellt und

Informationen ausgetauscht werden. Die jugendlichen Aussiedler formieren hier ihre eigenen Gruppen, in denen sie sich akzeptiert fühlen, abgeschottet von einer Umwelt, in der sie auf wenig Akzeptanz stoßen“ (Dietz 1999). Die in der Öffentlichkeit verbreitete These, diese Eingliederungsprobleme seien eine Folge davon, dass jugendliche Aussiedler oft gegen ihren Willen von den Familien zur Ausreise veranlasst werden, ließ sich empirisch nicht hinreichend belegen. Während in einer Erhebung 22,5 Prozent der jugendlichen Aussiedler betonten, bei der Ausreiseentscheidung keine wesentliche Rolle gespielt zu haben, gaben 70 Prozent an, sie hätten selbst entschieden, mit entschieden oder den Entschluss unterstützt. Lediglich 5,5 Prozent der befragten Jugendlichen wollten nicht ausreisen (Dietz/Roll 1998). Inwieweit die Jugendlichen tatsächlich aus eigenem Antrieb ihre Ausreise betrieben haben oder aber die Entscheidung hinnahmen oder zumindest für sich selbst nicht hinterfragten, bleibt offen. Der Ausreise selbst stehen die Jugendlichen mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Allerdings betrachten sie sie überwiegend als einen endgültigen Schritt. 62 Prozent konnten sich nur vorstellen, nochmals als Tourist ihr Herkunftsland zu bereisen (Strobl/Kühnel 2000). So scheinen denn auch weniger die Umstände der Aussiedlung für den Integrationsprozess von Bedeutung zu sein als vielmehr die Erfahrungen, die in Deutschland gemacht werden. Bestandteil der öffentlichen Diskussion in Deutschland sind in den letzten Jahren zunehmend Berichte, wonach jugendliche Aussiedler sich zu Banden zusammenschließen, bei denen der Konsum von Drogen und Alkohol sowie Gewalt an der Tagesordnung sind.

Einen überdurchschnittlich hohen Alkohol- und Drogenkonsum bei jugendlichen Aussiedlern konnten Rainer Strobl und Wolfgang Kühnel nicht bestätigen. Die bei einer Stichprobe von jugendlichen Spätaussiedlern aus verschiedenen Schulformen in Nordrhein-Westfalen gemessenen Werte lagen eher unter denjenigen einer einheimischen Vergleichsgruppe. Allerdings erwiesen sich die subjektiven gesellschaftlichen Teilhabechancen als Einflussfaktor (Strobl/Kühnel 2000).

Geringere wahrgenommene Teilhabechancen erwiesen sich auch als wichtige Variable für die Herausbildung abweichenden Verhaltens insbesondere bei männlichen Jugendlichen. Auch hier konnte über die Gesamtgruppe keine erhöhte Auffälligkeit im Vergleich zu Einheimischen festgestellt werden. Allerdings weisen die Ergebnisse einer anderen Studie darauf hin, dass bei männlichen Aussiedlern eine höhere Akzeptanz gegenüber Gewalt als Problemlösungsmittel vorhanden ist. So beantworteten 42,7 Prozent der männlichen Aussiedler die Frage „Glauben Sie, dass es persönliche Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen?“ mit „ja“, während es bei den Einheimischen 23,2 Prozent waren. Anders bei den befragten weiblichen Probanden. Bei den Aussiedlerinnen antworteten 12,4 Prozent mit „ja“, bei den einheimischen 17,2 Prozent. Bei der Frage, welche Konflikte mit Gewalt zu beantworten sind, steht bei den Aussiedlern (37,3 Prozent) wie bei den Einheimischen (49,4 Prozent) Notwehr an erster Stelle. An zweiter Stelle steht bei den Aussiedlern Beleidigung und Beschimpfung, wo 34,9 Prozent Gewalt als Konfliktlösung nicht ausschlossen, während es bei den Einheimischen nur 18,4 Prozent waren (Dietz/Roll 1998).

Die Ergebnisse legen nahe, dass Abschottung in ethnischen Cliquen sowie in der Selbstwahrnehmung geringere Teilhabechancen und damit eine problematisch verlaufende Integration wesentliche Voraussetzungen für die Ausbildung von Gewalt sind, die für jugendliche Aussiedler insgesamt nicht angenommen werden kann. Diesem Befund scheinen zunächst die Zahlen von Aussiedlern im Jugendstrafvollzug zu widersprechen. In Baden-Württemberg stieg der Anteil der Aussiedler an den Neuzugängen im Jugendstrafvollzug zwischen 1988 und 1997 von zwei Prozent auf 14 Prozent. Cliquenbildung und Abschottung gegenüber anderen Strafgefangenen in Form einer Art Ehrenkodex nach dem Motto „Wir Russen sind eben anders.“ Oder „Ein Russe hilft immer dem anderen, egal, warum es geht“ waren auch hier zu beobachten. Bei dem hohen Anteil der Aussiedlerjugendlichen im Strafvollzug sind jedoch eine Reihe relativierender Faktoren zu berücksichtigen: Aussiedlerjugendliche werden öfter in Untersuchungshaft genommen (78 Prozent bei den Russlanddeutschen) als Einheimische (49 Prozent). Und schließlich greift das Präventionssystem aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer in Deutschland nicht oder nicht effektiv genug. „Im Gegensatz zu manchen einheimischen Jugendlichen, die der Jugendhilfe oft schon seit Jahren und seit ihrer Kindheit bekannt sind, ist also nur ein kurzer Zeitraum von der ersten strafrechtlichen Auffälligkeit bis zur Inhaftierung vergangen, der zu präventiven Maßnahmen oder letztlich zur haftvermeidenden Intervention zur Verfügung stand. Insbesondere scheint die Jugendhilfe bisher vor Ort, nämlich in den Wohngebieten der Aussiedler, noch wenig präsent zu sein“ (Walter/Grübl 1999).

Zusammenfassend zeigen die Befunde eine Reihe von Risikofaktoren für die Bewältigung der schulischen, beruflichen und damit der gesellschaftlichen Integration. Anfang der neunziger Jahre ermittelte die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) in einer Studie in 17 Mitgliedsländern Kriterien, die wesentlich zur Minderung der schulischen und beruflichen Chancen beitragen: das Aufwachsen in Armut und sozialer Randständigkeit, die Zugehörigkeit zu einer (ethnischen) Minderheitengruppe, ein besonders belasteter familiärer Hintergrund, die schlechte Beherrschung der Umgangs- und Unterrichtssprache sowie ungünstige Wohnbedingungen mit mangelnder Infrastrukturanbindung und fehlenden Freizeitangeboten. Die Mehrzahl der Faktoren trifft zumindest auf einen großen Teil der ausgesiedelten Jugendlichen zu, wenn sie auch durch die positive Kraft der Familien abgeschwächt werden (Dietz/Roll 1999).

Kommunales Umfeld

Hier sind Integrationshilfen einzufordern, die geeignet sind, Marginalisierung und Ghettobildung wirksam zu verhindern. Dies vor dem Hintergrund, dass Eingliederung ein Prozess ist, der Jahre dauert. Dabei ist die partielle Verschiedenheit der jugendlichen Aussiedler ebenso zu akzeptieren wie die Tatsache, dass die jungen Aussiedler sich nur schrittweise aus ihrer eigenen Gleichaltrigen-Gruppe hin zu einheimischen Jugendlichen öffnen können. Die Eingliederung in Deutschland ist ein langjähriger Prozess und für die Spätaussiedler mit vielen Risiken verbunden. Eingliederung ist beeinflusst durch die individuell mitgebrachten persönlichen Dispositionen und kulturellen Voraussetzungen sowie die Teilhabechance am gesellschaftlichen Leben.

Zu den Risiken zählt der Rückzug in die eigene Gruppe in kompakten Wohngebieten, die vielerorts anzutreffen sind. So sehr bekannte Netzwerke zu Beginn des Hierseins zur Entwicklung von Wohlbefinden und zur Überwindung von Fremdheit beitragen können, so sehr darf diese selbst gewählte Isolation kein Dauerzustand werden.

In der einheimischen Bevölkerung tragen mangelnde Akzeptanz und Konkurrenzgefühle (zum Beispiel hinsichtlich der Besetzung von Arbeitsplätzen), wahrgenommene Verschiedenheit und Vorurteile zur Marginalisierung und Ausgrenzung bei. Die Erwartung der einheimischen Bevölkerung an Deutsche trifft auf das Bewusstsein vieler Aussiedler von einer deutschen Identität, die sich oft von der in Deutschland vorgefundenen Wirklichkeit unterscheidet.

Eingliederungshilfen unterstützen in diesem Sinne den Aufbau eines sozialen Netzes, das den Integrationsprozess fördert und Anlässe zur Begegnung und zum Zusammenleben schafft. Dies kann nur am Wohnort geschehen, wo Aussiedler und Einheimische sich begegnen. Hier wird Sprache gelernt, wird gearbeitet, Freizeit gestaltet und werden Freundschaften gepflegt.

An Engagement fehlt es meistens nicht. Neben zielführenden und effektiven allgemeinen

Unterstützungsmaßnahmen wie Eingliederungshilfe, Sprachkursförderung und Fortbildung sind spezielle, an die Wohnsituation anknüpfende Angebote notwendig. Dabei sind vor allem zwei Anforderungen zu stellen. Zum einen müssen Eingliederungshilfen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe anregen, müssen Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Aussiedler im Eingliederungsprozess stärken und ihnen dadurch ermöglichen, aktiv zu werden und Beziehungen aufzubauen. Zum anderen sind Eingliederungsmaßnahmen dann erfolgreich, wenn sie flexibel und zielgerichtet den je speziellen Eingliederungsbedarf (Sprachförderung, Drogen, Internet-Café, Organisation von Hausaufgabenhilfe) in einem lokalen Umfeld ansprechen.

Dies erscheint auch erfolgversprechend, um die Eingliederungsprobleme jugendlicher Spätaussiedler in den Griff zu bekommen. So bilanzierten Rainer Strobl und Wolfgang Kühnel zu den Ergebnissen einer Studie für jugendliche Aussiedler in Nordrhein-Westfalen: „Wichtig sind Projekte, die an der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen ansetzen, Eigeninitiative fördern und auf die lokale Spezifik des Stadtteils orientiert sind. Es wird unverzichtbar sein, in Freizeit- und Jugendarbeit pädagogisch geschulte Vertrauenspersonen aus dem eigenen Milieu einzubeziehen. Ihnen käme die Funktion von Mediatoren zu, die zwischen den Erfahrungen und Bedürfnissen der Jugendlichen und den sozialen und lokalen Gegebenheiten vermitteln“ (Strobl/Kühnel 2000).

In diesem Sinne ermöglichen lokale Netzwerke unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen wie Gemeinden, Schulen, Kirchen, Beratungsstellen, Betrieben, Arbeitsverwaltung, Sportvereinen und der Aussiedler selbst die Definition und Umsetzung zielgerichteter Angebote. Auch sind gemeinsame Aktionen wie zum Beispiel Feste ein Mittel, sich kennen zu lernen und Zusammengehörigkeitsgefühle zu entwickeln. Nicht zuletzt sind Sportangebote eine Möglichkeit der Integration in die Gemeinde, ohne dass zunächst die Sprachfähigkeit eine große Rolle spielt (Projekt „Sport mit Aussiedlern“).

Derartige Netzwerke oder Arbeitskreise für Spätaussiedler existieren in vielen Kommunen. Manche haben sich von Koordinierungsrunden heute bereits zu echten Eingliederungsnetzwerken weiterentwickelt, mit gemeinsamen Mitarbeitern und Finanzierungstöpfen sowie koordinierten Maßnahmen. Sie reichen von der Sprachbetreuung über Haushaltshilfen, dem Umgang mit Behörden, EDV-Schulungen bis hin zu Drogenberatung und sozialer Betreuung. Die Bundesregierung hat die Initiierung von Netzwerken zum Schwerpunkt ihrer Projektförderung erklärt und die dafür bereit gestellten Mittel von 1998 (32 Millionen DM) auf 45 Millionen DM im Jahr 2000 aufgestockt.

Fördermittel in diesem Bereich sollen nicht mehr für Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel für Seminare, ausgegeben werden, sondern im Sinne des aktivierenden Staates für die Unterstützung von Netzwerken.

Abseits staatlicher Eingliederungshilfen wird erfolgreiche Eingliederung nur gelingen, wenn ein gesellschaftliches Klima gefördert wird, in dem Einheimische Aussiedlern (und anderen Zuwanderern) Offenheit entgegenbringen und Zuwanderung als soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung empfinden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de)